

Kakhaber Dzebisashvili

Die aktuellen Entwicklungen im gesamten Nahen Osten, im Irak, in Afghanistan und im zentralasiatisch-kaspischen Raum lassen die Bedeutung des Kaukasus als einer der wichtigen strategischen Brückenköpfe für die „westlichen“ Länder und deren militärpolitische Institutionen – vor allem für die EU und die NATO – neu definieren. Zum anderen wird dem kaukasischen Korridor, seitdem der Handel mit Öl und Erdgas zum Druckmittel der russischen Regierung geworden ist, eine potenziell wichtige Rolle für die Sicherheit der europäischen Energiepolitik beigemessen. Zugleich stoßen die gegensätzlichen geopolitischen Interessen wahrscheinlich nirgendwo sonst mit solcher Komplexität gegeneinander wie im Kaukasus. Vier postsowjetische Staaten – Russland, Georgien, Armenien und Aserbaidschan – versuchen seit dem Zusammenbruch der UdSSR, ihre lebenswichtigen sicherheitspolitischen Interessen mit allen Mitteln umzusetzen. Jedoch scheinen die eingeschlagenen Wege nicht nur die Beziehungen der Nachbarländer immer mehr zu belasten, sondern auch weitere, nichtregionale Akteure in das komplizierte Spiel mit einzubziehen.

Im Dezember 2006 räumten die letzten russischen Militärs ihre Zentrale in Tiflis, die einst für die gesamte südliche Militärflanke der Sowjetunion zuständig war, und schrieben damit ein zutiefst symbolisches Kapitel in der Geschichte der russisch-georgischen Beziehungen. Über zwei Jahrhunderte bestimmte Russland

das Schicksal Georgiens. Nun aber nähert sich die Geschichte der Vorherrschaft des mächtigen Nachbarn im Südkaukasus anscheinend ihrem Ende. Bis Ende 2008 sollen die restlichen Stützpunkte in der Schwarzmeerhafenstadt Batumi laut Istanbuler Abkommen von 1998 abgezogen werden – entweder zurück nach Russland oder nach Armenien, wo Moskau seine letzte Militärbasis unterhält. Der Prozess jedoch wird von hitzigen Diskussionen, bestürzenden Kommentaren des russischen Establishment, extrem gefährlicher Anspannung in georgisch-russischen Beziehungen und wachsendem Engagement und Interesse der westlichen Länder in der Region begleitet.

Das russische Sicherheitsdilemma im Kaukasus wird traditionell mit dem Gedanken der unabdingbaren primären Dominanz in der gesamten Region verknüpft. Simpel ausgedrückt, der Kaukasus solle das Gebiet der unanfechtbaren russischen sicherheitspolitischen Interessen bleiben, die nicht nur diesseits der Grenzlinie, sondern auch jenseits des Kaukasus-Bergkammes Geltung haben müssen. Der Krieg in Tschetschenien, die fragile Lage in den Republiken des russischen Nordkaukasus und das „Big Game“ um die kaspischen Energieresourcen im einundzwanzigsten Jahrhundert machen die Bedeutung des südkaukasischen geopolitischen Raumes für Russland extrem groß. Es bleibt aber immer noch fraglich, ob sich die russischen Pläne auf „Soft Power“ und Interessenkongruenz mit den betroffenen Ländern

stützen sollen. Alle Anzeichen sprechen dagegen. Moskau bedient sich des gesamten Komplexes wirtschaftspolitischer Mittel, die sowohl ökonomische „Invasion“ als auch militärstrategische Anbindung der Länder berücksichtigen. Der stärkste Druck sollte auf das schwächste und wichtigste Glied des südkaukasischen Gürtels – auf Georgien, den sogenannten Ppropfen des Zentralasien-Kaukasus-Korridors – ausgeübt werden. Die Maßnahmen, die die russische Regierung für die „Zähmung“ des kleinen widerstrebigen Georgiens ergriffen hat, sind beeindruckend. Die Niederlage der georgischen Armee 1993 in Abchasien, die im Wesentlichen durch die direkte Unterstützung der abtrünnigen abchasischen Minderheit seitens der russischen Militärs und der konservativen politischen Kreise bedingt war, verschaffte Moskau hervorragende Instrumente für die Sicherung seiner geopolitischen Dominanz in Georgien. Die finanzielle und militärische Unterstützung Russlands ermöglichte es auch der zweiten georgischen Autonomie Südossetien, die Dauerkrise mit der Zentralregierung in Tiflis stets in „lauwarmem“ Zustand zu halten.

Russische Machtgebärdens

Die Situation der ungelösten und nur „leicht eingefrorenen“ Konflikte, in denen die tatsächlichen georgischen Kontrahenten nicht Abchasen und Osseten, sondern russische *policy makers* waren, erwies sich als äußerst produktiv in Moskaus „Georgien“-Politik. Das eigentliche Interesse Moskaus bestand in der Schwächung des georgischen Staates und im Einfrieren des *Status quo*. Und wenn diese Vorstellung zur Zeit von Jelzin noch bezweifelt werden konnte, sind die Indizien seit dem Amtsantritt Putins eindeutig geworden. Mit dem Vakuum der Staatsmacht und der kontrollierbaren Instabilität in Georgien gewährte sich Moskau eine konkurrenzfreie Stellung in der ge-

samten Region und stärkte seinen strategischen Einfluss selbst auf Zentralasien. Die Regierung Schewardnadses, die sich durch totale Schwächung der staatlichen Institutionen, der Integrität und der Autorität des Staates auszeichnete, passte in dieser Hinsicht ideal in Moskaus Pläne, allerdings nur, bis die transregionalen Energieprojekte und wachsende Involvierungs der USA in die Kaukasus-Politik einen alternativen Trend in den regionalen geopolitischen Entwicklungen begünstigten. Moskau nahm die Herausforderung an und handelte rasch. Georgien wurde zum einzigen Land, mit dem Russland im Dezember 2000 Visa-Regelungen wider alle Verträge und Abkommen zwischen den GUS-Ländern einführte. Im Sommer 2003 verbot die russische Regierung den Import einer ganzen Reihe von Agrarprodukten aus Georgien – Abchasien und Südossetien blieben von allen Maßnahmen unbetroffen. Zusätzlich startete Russland 2002 die groß angelegte „Passportisierung“ der Abchasen und Osseten. Trotz heftiger Proteste aus Tiflis überschütteten die russischen Behörden Abchasen und Osseten mit russischen Pässen und verwandelten sie augenblicklich in waschechte russische Staatsbürger. Dieser Bruch des internationalen Rechtes, der von Präsident Putin zynisch als „Humanakt“ bezeichnet wurde, schuf eine Paradoxie und gleichzeitig eine durchaus verschärzte Gesamtage in den Konfliktgebieten. Nun sind die Widersacher der georgischen Zentralregierung in Abchasien und Südossetien *de jure* zu fremden Staatsbürgern geworden, die einen Teil des georgischen Staatsgebietes besetzen und die Souveränität des Landes verletzen. Dieser Vorgang wird im Wortschatz des Völkerrechtes mit keinem minderen Begriff als „Annexion“ bezeichnet.

Nach der „Rosenrevolution“

Der georgischen „Rosenrevolution“ vom November 2003 folgten noch schärfere

Sanktionen des nördlichen Nachbarn. Der Rücktritt von Eduard Schewardnadse und der Sieg prowestlicher Kräfte in Georgien wurden in Moskau mit Argwohn und Misstrauen beobachtet. Die Mehrheit der russischen Regierungsmedien stellte die Ereignisse vom November bis Dezember 2003 als ein neues Expansionsprojekt der Amerikaner im Kaukasus dar. Energische Reformpolitik der neuen Regierung und unaufhaltsame Genesung des georgischen Staates zwangen Moskau zum Handeln. Wie aus Moskau verlautete, sprengten unbekannte Terroristen im Winter 2005 die Gasleitung, die Georgien mit Gas versorgte. Der Fall blieb bis heute unaufgeklärt. Im Herbst 2006 stellte schon der staatliche Konzern „Gazprom“ der georgischen Regierung ein Ultimatum – Georgien sollte 235 US-Dollar pro tausend Kubikmeter Gas zahlen. Der politische Hintergrund der Preiserhöhung wird deutlicher, wenn man die Verkaufspreise des russischen Gases in allen Nachbarländern Russlands vergleicht, denn Georgien zahlte den Höchstpreis. Armenien, das dasselbe russische Gas über Georgien bezieht, zahlt lediglich 110 US-Dollar pro tausend Kubikmeter. Auch Moldawien wurde „begnadigt“, musste jedoch dafür mit der Freigabe seines Gasverteilungssystems zahlen.

Druck und Repressalien

Der Druck auf Georgien wurde kontinuierlich erhöht. Im April 2006 verbot die russische Kontrollbehörde den gesamten Import georgischer Alkoholprodukte mit dem Vorwand der Fälschung und Gefährdung der Gesundheit. Die gesamte Branche der georgischen Wirtschaft, die traditionell den russischen Markt beherrschte, wurde schmerhaft getroffen. Dasselbe Schicksal erlitt das im gesamten postsowjetischen Raum populärste Mineralwasser „Bordschomi“. Als ob die Maßnahmen nicht hart genug wären, beschloss man im Kreml, noch gegen die in



Russland lebenden Georgier – ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit – vorzugehen. Besonders große Schwierigkeiten bekamen georgische Gast- und Saisonarbeiter, die massenhaft und meistens ungeachtet ihrer legalen Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen zu Tausenden abgeschoben wurden – darunter auch Georgier mit russischen Pässen (!). Die Eifrigkeit der staatlichen Behörden ging so weit, dass selbst prominente russische Staatsbürger georgischer Herkunft die Konsequenzen der Kremlpolitik auf eigener Haut zu spüren bekamen. Der bekannte russische Schriftsteller Boris Aukunin (Tschchartischwili) wurde plötzlich zum Hauptobjekt der Interessen der Steuerbehörde. Schuldirektoren wurden von den örtlichen Polizeizentralen aufgefordert, Schüler mit georgischem Namen in Sonderlisten zwecks weiterer Kontrolle einzutragen. Letztendlich stellte Russland nach der Festnahme einiger russischer Geheimdienstler in Georgien im September 2006 sämtliche Land-, Luft- und Postverbindungen zu Georgien ein – mit Ausnahme Abchasiens und Südossetiens.

Der georgischen politischen Elite blieb es nicht verborgen, dass die Kontinuität der russischen Strategie im Kaukasus eine direkte Bedrohung für die Lebensfähigkeit des georgischen Staates darstellte. Bis 1995 herrschte jedoch in Georgien die Vorstellung, dass ein Deal mit Moskau

trotz der katastrophalen wirtschaftspolitischen Lage im Lande möglich sein könnte. 1994 stimmte Eduard Schewardnadse nicht nur der GUS-Mitgliedschaft Georgiens zu, sondern auch der unangefochtenen militärischen Dominanz Russlands im Südkarabach. Im Februar 1994 unterschrieb das georgische Staatsoberhaupt ein Abkommen, das russischen Militärs das Bleiberecht in Georgien für die nächsten fünfzig Jahre sicherte (das Dokument wurde vom georgischen Parlament nicht ratifiziert). Wichtige Ministerposten wie zum Beispiel Verteidigungs- und Sicherheitsministerien übernahm er Moskaus treuen Kadern. Für sein Entgegenkommen erwartete er nur eines – Unversehrtheit und Integrität des georgischen Staatsterritoriums. Allerdings blieben seine Erwartungen unerfüllt. Mehr noch: Zwei auf ihn verübte Bombenanschläge, deren Spuren nach Norden führten, zeigten mit aller Deutlichkeit, dass das eigentliche Ziel des mächtigen Nachbarlandes nicht Beistand und Hilfe, sondern allein die totale Kontrolle eines innerlich schwachen und heterogenen Georgiens war.

Prowestliches Umdenken

Diese Erkenntnis bewirkte ein radikales Umdenken in der georgischen Politik. Es ist nicht zuletzt die Schuld Moskaus, dass die politische Elite Georgiens sich radikal von Russland abwandte und den Beistand über den Atlantik ersuchte (und fand). Russland zeigte keinerlei Interesse an einem stabilen Georgien. Ganz im Gegenteil – mehrmals wurde georgisches Territorium wegen angeblicher Vorstöße tschetschenischer Guerilla-Truppen bombardiert. In Abchasien und Südossetien besetzten die aus verschiedenen Teilen Russlands abkommandierten russischen Geheimdienstler und Militärs ganz offen die wichtigsten Verwaltungsposten. Die Kontrolle über Georgien schien gesichert zu sein. Die Eindämmung russischer neo-

imperialer Dominanzansprüche wurde zum primären Existenzinteresse Georgiens. Schnell wurde auch ein bereitwilliger Freund gefunden – die USA, mit deren Hilfe von 1995 bis 2002 etwas geschah, woran selbst Moskaus fantasievolle Strategen niemals geglaubt hätten. Schewardnadse verstand es, die militärische Kooperation mit den USA so aufzubauen, dass er letztendlich auf dem NATO-Gipfel in Prag (2002) die erwünschte Mitgliedschaft Georgiens in der Allianz verkündigte. Seit 2002 schulten und drillten Amerikaner georgische Armeeeinheiten, rüsteten sie mit moderner Technik aus, investierten jährlich über sechzig Millionen US-Dollar in verschiedene Ausbildungssprogramme und ebneten damit den Weg in die NATO. Diese lud Georgien nach jahrelanger Zusammenarbeit im Rahmen des Programms „Partnership for Peace“ schließlich zum „Intensive Membership Dialogue“ ein. Als Gegenleistung reihte sich das winzig kleine Georgien in die Koalition der Willigen und schickte fast genauso viele Soldaten in den Irak wie Polen. Amerikanischen Flugzeugen wurde das Überflug- und den GIs das exterritoriale Recht gewährt. Georgien stellte sich bedingungslos auch hinter die amerikanische Energiepolitik im kaukasisch-kaspischen Raum. Die „Rosenrevolution“ im November 2003 und der darauf folgende Elitewechsel in Georgien verstärkten die bündnisähnliche Beziehung zwischen den USA und Georgien. Und dafür gab es noch andere, viel wichtigere Gründe als nur prowestliche Affinitäten der neuen Saakashvili-Regierung.

Antiamerikanismus in Russland

Am 10. Februar 2007 hielt Wladimir Putin eine überaus bemerkenswerte Rede auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik. Der Vortrag hatte eine zutiefst ernüchternde Wirkung auf die militärische Elite des „Westens“, die seit den Anschlägen im September 2001 mehr oder

weniger fest an russische Solidarität und an Zusammengang glaubte. Es war nicht nur Putins aggressiv unzufriedene Haltung gegenüber der amerikanischen Globalpolitik. Der russische Präsident verlautbarte das wachsende Selbstbewusstsein der neuen regierenden Generation in Moskau und machte deutlich, dass Russland sich keinesfalls mit dem Alleingang der USA und ihrer Verbündeten zufriedengeben würde. Der „Antiamerikanismus“ prägt nicht nur den Wortschatz russischer Politik, sondern längst auch das Handeln. Es ist falsch anzunehmen, dass das heutige Russland mit seiner schrumpfenden Bevölkerung, der schlecht versorgten Armee und einigen Tausenden, zum Teil überholten Atomsprengköpfen einen Konfrontationskurs mit dem Westen anstrebt. Zu sehr sind die russische Wirtschaft und vor allem die Interessen der wirtschaftspolitischen Elite mit dem Westen verwoben. Dennoch ist die Unzufriedenheit da, und am deutlichsten spürt man diese Auseinandersetzung im Nahen Osten. Der Iran, dem wegen seines Atomprogramms immer härtere Sanktionen und selbst Militäroptionen drohen, wird von Moskau reichlich mit Waffen beliefert – ausgerechnet mit den Waffenarten und Technologien, die für Abwehr möglicher Angriffsszenarien auf seine Atomanlagen eingesetzt werden können. Auch Syrien wurde in den vergangenen Jahren reichlich beschenkt, vor allem mit Panzerabwehraketten, die später im Libanon bei der Hisbollah aufgetaucht waren und die frontalen Attacken der israelischen Panzer im Sommer 2006 buchstäblich zum Erliegen brachten. Im Februar 2007 bereiste Wladimir Putin Saudi-Arabien, Jordanien und Katar. Es ist nicht leicht zu erklären, für welche Verdienste er die höchste saudische Auszeichnung – den König-Abdel-Asis-Orden – bekam. Viel besser verstand man die Hintergründe seiner Gespräche über die kartellähnliche Allianz der Länder, die die wichtigsten Energielieferanten der westlichen Länder darstellen.

Positionierung Aserbaidschans

Die Rivalität der Supermächte in der Region, die als „Great Middle East“ bezeichnet wird, entspannt die Konkurrenz im benachbarten Kaukasus kaum, ganz im Gegenteil. Während das US State Department in Georgien weniger zu befürchten hat, ist die Lage in Armenien und Aserbaidschan nicht so eindeutig. Im Pentagon ist man sich bewusst, welche wichtige Rolle Aserbaidschan – das den Iran von Russland trennt – bei der möglichen Konfrontation mit dem Iran spielen könnte. Auch der politische Einfluss des Irans auf etwa 25 Millionen türkischsprachige Aserbaidschaner wird berücksichtigt. Trotz der klaren Interessen der nordatlantischen Allianz und der Amerikaner am Kaspischen Meer hält Baku sich zurück. Die Nachbarschaft mit dem übermächtigen Iran und Russland zwingt die aserbaidschanische Regierung, keine voreiligen Entscheidungen zu treffen. Zum einen strebt die aserbaidschanische Elite nach mehr militärpolitischer Zusammenarbeit mit der NATO, den Amerikanern und der sprachlich verwandten Türkei. Zum anderen sind die potenziellen Gefahren einer klaren Positionierung aserbaidschanischer Interessen auf der Seite der westlichen Länder und vor allem der USA viel mehr als rein theoretisch. Der ungelöste Konflikt in Bergkarabach und die russischen Gegenmaßnahmen im Falle der aserbaidschanischen Allianz mit der NATO könnten Aserbaidschan direkt gefährden. In den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts hat Russland schon einmal Waffen im Wert von über einer Milliarde US-Dollar an Erzfeind Armenien geliefert. Der Stationierung amerikanischer Einheiten auf aserbaidschanischem Boden würde automatisch die Festlegung der Hauptstadt Baku und anderer strategischer Objekte des Landes als

Ziele der iranischen (russischen) Mittelstreckenraketen und der Luftwaffe folgen. Und wenn die aserbaidschanische Armee noch in der Lage ist, dem Kräfteammessen mit Armenien standzuhalten, wäre dasselbe mit dem Iran – ganz zu schweigen von Russland – völlig aussichtslos. Aus diesem Grund ist das Hauptziel der aserbaidschanischen Elite nicht die vollwertige Mitgliedschaft in der NATO, sondern eher das Engagement der Allianz im Konflikt um Bergkarabach und der Ausgleich mit Armenien. In dieser Hinsicht sind die Beziehungen mit Georgien für Aserbaidschan von strategisch wichtiger Bedeutung, denn allein der georgische Korridor gewährt Aserbaidschan sowohl die Verbindung zu der Türkei und den westlichen Ländern als auch Transportmöglichkeiten für das kaspische Öl und Gas nach Westen. Daher verwundert es auch nicht, dass alle russischen Bemühungen, die Gaslieferungen an Georgien während der russischen Blockade im Herbst 2006 auch von aserbaidschanischer Seite zu stoppen, kläglich gescheitert waren.

Rolle Armeniens

Ähnliche Perzeptionen bestimmen die Politik auch in der armenischen Hauptstadt Jerewan. Der militärische Erfolg im Konflikt um Bergkarabach und das strategische Bündnis mit Russland lassen armenische Politiker die wachsenden Nachteile solch einer engen geopolitischen Orientierung kaum übersehen. Für Armenien hat der russisch-georgische Antagonismus besonders schlimme Folgen. Ohne den georgischen Transit, Häfen, Eisenbahn, Luft- und Straßenkommunikationen, wäre das Land komplett von der Außenwelt isoliert. Der Konflikt um Bergkarabach und die Solidarität der Türkei mit Aserbaidschan schnitten Armenien nicht nur vom Osten (Aserbaidschan) ab, sondern auch vom Westen (Türkei). Die Angst vor der Türkei, die wegen des Völ-

kermordes an Armeniern 1915 auch historisch begründet ist, zwang die Elite in Jerewan, beinahe allen russischen Ansprüchen in der Region bereitwillig entgegenzukommen. Nach 2008 – wenn die letzten russischen Truppen Georgien verlassen werden – wird Armenien zum einzigen Land im Südkaukasus, in dem eine der stärksten russischen Militärbasen im Ausland stationiert wird. Diese Lage wird jedoch von vielen als geopolitische Geiselnahme Armeniens bezeichnet. Bereits im Winter 2005, als Russland seine Grenze zu Georgien für unbestimmte Zeitschloss, erkannte die armenische Regierung die drohende Gefahr und bot ihre Vermittlungsdienste zwischen Tiflis und Moskau an. Das Angebot wurde von Moskau prompt abgelehnt, was sich bald als sehr kurzfristig und unbedacht erwies. Die Verluste der armenischen Wirtschaft wegen der russischen Blockade Georgiens, Arroganz und Hochmut der russischen Partner, vor allem aber die immer realere Möglichkeit der NATO-Mitgliedschaft Georgiens und transregionale geopolitische Prozesse rufen in Armenien neue Impulse hervor. Seit einigen Jahren versucht Armenien, ein gewisses Gleichgewicht zwischen seinen außenpolitischen Prioritäten langsam, aber kontinuierlich wiederherzustellen. Auf der einen Seite bleibt die Bedeutung des russischen Faktors für die Neutralisierung aserbaidschanisch-türkischer Übermacht unverzichtbar. Jerewan kann es sich ohne alternative Sicherheitsgarantien nicht erlauben, Russland den Rücken zuzuwenden. Allerdings bemüht sich die armenische Elite, mit allen Mitteln Kontakte auch mit der nordatlantischen Allianz, der EU und den USA aufzubauen, sodass die Unverzichtbarkeit der russischen Präsenz in der Region zumindest gemildert wird. Diesem Zweck dienen auch traditionell gute Beziehungen zu Georgien, deren Bedeutung für Armenien dermaßen wichtig ist, dass Jerewan jegliche zentrifugale Bestrebungen der ar-

menischen Minderheit im Südwesten Georgiens vorbehaltlos verurteilt. Die mögliche NATO-Mitgliedschaft Georgiens beeinflusst schon jetzt die armenische Außenpolitik. So schockierte im Januar 2007 der armenische Verteidigungsminister Sersch Sarkissjan russische Politiker, indem er die Partnerschaft mit der NATO – diplomatisch ausgedrückt, aber dennoch – als gleichwertig mit den Beziehungen zu Russland einstuft. Daher betrachtet die armenische Regierung das Vorrücken der NATO im Kaukasus nicht als Gefahr für ihr Bündnis mit Moskau, sondern als eine potenzielle Chance für die Stabilisierung der gesamten Region.

Für den Westen ist die komplizierte geopolitische Lage im Südkaukasus eine große Herausforderung. Sowohl die NATO als auch die EU sind zum Erfolg in der Region „verdammt“, denn deren Scheitern würde nicht nur den endgültigen Vertrauensschwund gegenüber west-

lichen Demokratien im kaukasisch-kaspischen Raum bedeuten, sondern die Grenze der militärpolitischen Instabilität direkt bis zum europäischen Hof vorschlieben. In dieser Hinsicht wäre die Aufnahme Georgiens in die NATO ein erster, zugleich aber der wichtigste Schritt für die Eindämmung der hegemonialen Ansprüche Russlands im Kaukasus und für die Sicherung der prowestlichen Orientierung sowohl Armeniens als auch Aserbaidschans. Zum anderen könnte die armenisch-türkische Annäherung auf den Konflikt um Bergkarabach sehr positiv wirken. Gelänge es den USA und der EU, durch die Integration beider Länder in die europäischen Strukturen auch den Konflikt um Bergkarabach zu entschärfen und einen Kompromiss mit Aserbaidschan zu finden, könnte das die endgültige Niederlage Russlands und die prowestliche Orientierung in der gesamten kaukasischen Region bedeuten.

Region im Schwebzustand

„Im Falle Russlands dagegen gibt es neben der Energie noch ein weiteres Thema, bei dem die EU und Russland in der Region gegensätzliche Positionen und Interessen vertreten. Rings um das Schwarze Meer finden sich die sogenannten ‚eingefrorenen Konflikte‘ um Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Nagornj Karabach. In diesen Gebieten, die sich während des Zerfalls der Sowjetunion von Moldau, Georgien und Aserbaidschan abspalteten, schweigen zwar seit Anfang der neunziger Jahre die Waffen, doch einer Lösung ist man seither nicht nähergekommen. Aus der Sicht der EU sind diese Konflikte eine Bedrohung für die Stabilität der ganzen Region: Die Kämpfe können wieder aufbrechen, der derzeitige Schwebzustand verhindert in den betroffenen Staaten eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, und die separatistischen Gebiete – vor allem Transnistrien und Südossetien – gelten als Drehzscheiben für illegale Geschäfte aller Art.“

Teil einer EU-Politik für den Schwarzmeerraum muss es daher sein, auf die Lösung dieser Konflikte hinzuwirken. Die Schwierigkeit dabei ist: Russland unterstützt direkt oder indirekt die Separatisten, in denen es einen Hebel sieht, Einfluss auf die betroffenen Staaten auszuüben. Trotz jahrelanger internationaler Vermittlungsbemühungen, an denen die EU teilweise beteiligt ist, bewegt sich politisch so gut wie nichts.“

Reinhard Veser am 27. März 2007 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung